

FRANKREICH

Depardieu in der Rolle des šDeserteursō

Für Steuerflüchtling Depardieu gibt es Schelte, aber die Linksregierung kommt jetzt den Unternehmern entgegen.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Das französische Wort šminableō steht für eine Mischung aus kleinlich und jämmerlich. Und genau diesen Begriff verwendete der ansonsten so kühl und hyperpragmatisch auftretende französische Premier, Jean-Marc Ayrault, als er auf den steuerpolitisch motivierten Auszug von Gerard Depardieu nach Belgien angesprochen wurde. Der Filmstar möge doch auch gleich seine šCarte Vitaleō (die e-card der französischen Krankenkassen) retourneren.

Standepede revanchierte sich Depardieu mit einem offenen Brief: er fühle sich šdiesem Vaterland nicht mehr zugehörigō und wolle šWeltbürger werdenō, posaunte Frankreichs bestbezahlter Schauspieler. Er verzichte daher auf seinen französischen Pass und seine Mitgliedsnummer bei der Krankenversicherung, die er im Übrigen šnie in Anspruch nehmeō.

Seither fliegen die verbalen Fetzen noch schneller: Arbeitsminister Michel Sapin sprach vom špersönlichen Verfallō eines šMannes der Übertreibungenō. Kulturministerin Aurélie Filippetti beschuldigte Depardieu, er würde šmitten im Krieg gegen die Wirtschaftskrise desertierenō und empfahl ihm ab sofort šnur mehr Stummfilme zu drehenō. Das humoristische Magazin šCharlie Hebdoō, das kürzlich wegen homo-erotischer Mohamed-Karikaturen Muslime empört hatte, brachte jetzt ein Titelblatt mit einer monströsen Darstellung des schwergewichtigen Depardieu unter der Schlagzeile: šKann Belgien derartig viel Cholesterin aufnehmen?ō. Gleichzeitig bezichtigten Kommentatoren Depardieu der Lüge, weil er behauptet hatte, er habe zuletzt 85 Prozent seines Jahresverdiensts an den Fiskus abliefern müssen ó ein Ding der Unmöglichkeit selbst im Hochsteuerland Frankreich. Auch dass er šnieō Frankreichs noch immer großzügige öffentliche Krankenversorgung beansprucht habe, gilt schon deswegen als fraglich, weil der Star, der auch schon mal in einem Flugzeuggang gepinkelt hatte, erst kürzlich stockbetrunken in Paris von seinem Moped gestürzt und in der örtlichen Ambulanz wie jedermann kostenlos verarztet worden war. Andere weisen zu Recht auf die staatliche Kulturförderung hin, die eine erfolgreiche französische und darüber hinaus europäische Filmindustrie ermöglicht und Depardieu wohl anfänglich auf die Sprünge geholfen hat. Aber Depardieu hat in den letzten Jahren sein Vermögen vor allem durch obskure Werbe-Auftritte in Zentralasien, darunter einer Gesangseinlage an der Seite der Tochter des usbekischen Diktators Islam Karimov, vermehrt.

Hinter der Häme für den extravaganten šGégéō (wird šDschedscheō ausgesprochen), wie Depardieu im Volksmund genannt wird, ist freilich die Sorge spürbar über die Flucht von immer mehr Promis und vor allem Unternehmern vor dem französischen Fiskus nach Großbritannien, Belgien und der Schweiz. Genaue Zahlen liegen keine vor, aber die spektakuläre Beantragung der belgischen Staatsbürgerschaft durch Frankreichs reichsten

Mann, dem Magnaten der Luxusindustrie Bernard Arnault, und das Steuer-Exil von Fußballstar Zinedine Zidane und Ex-Tennischampion Yannick Noah, gelten als symptomatisch für eine viel breitere Absetzbewegung. Wobei sich Zidane und Noah schon unter dem bürgerlichen Präsidenten Nicolas Sarkozy den französischen Steuerbehörden entzogen. Sarkozy, der anfänglich Steuergeschenke für die Reichsten gehäuft hatte, musste gegen Schluss seines Mandats die Fiskalschraube wieder anziehen.

Sein jetziger Nachfolger, der Sozialist Francois Hollande verstärkte inzwischen diese Fluchtbestrebungen durch anfängliche Sozialmaßnahmen, die teilweise Annullierung der vormaligen Steuernachlässe von Sarkozy, die tendenzielle Gleichsetzung von Arbeits- und Kapitalertragssteuern und vor allem durch die provisorische Einführung einer 75 prozentigen Besteuerung der Einkommensegmente von über einer Million Euro pro Jahr, die allerdings durch diverse Abschläge wieder reduziert wird.

Das Paradox: Hollande verstand diese Maßnahmen zu Lasten der Bestverdiener als eine Art Vorleistung für den jetzt gestarteten Steuerabbau von 20 Milliarden Euro zugunsten der Unternehmer, öffentlichen Einsparungen in der Höhe von 60 Mrd. Euro innerhalb von fünf Amtsjahren und einer Lockerung der Arbeitsmarktregeln ó also einem Programm, das im Endeffekt Sarkozys Bemühungen für mehr Wettbewerbskraft Frankreichs weit in den Schatten stellen könnte.